

## Wahlen

**3** Superwahljahr 2009 – Teil 1  
Europawahl

## Babelsberg

**6–9** Dahlweid-Stiftung, Goetheschule,  
Griebnitzsee-Ufer und Kleingärten

## Queerbeet

**11** Von Frauen für Frauen: Neues  
URANIA-Projekt in Drewitz

## „Wildwuchs“ wurde „La Datscha“

„Trotz Ideen stockt die Jugendkulturdiskussion“ – so titelte Mitte Dezember eine Potsdamer Tageszeitung. Es hat den Anschein, dass die Stadt in dieser Sache in einen „Winterschlaf“ getreten ist. Laut Verwaltung soll im Frühjahr 2009 ein „verbindliches Handlungskonzept“ gegen die Krise der Jugendkultur in der Landeshauptstadt vorliegen. Doch die jungen Leute können und wollen nicht ewig warten. So kam es Ende September 2008 zur Besetzung der ehemaligen Villa „Wildwuchs“. Die dort bis dato angesiedelten Streetworker waren bekanntlich in die Posthofstraße 9 umgezogen.

Und die Jugendlichen hatten auch einen neuen Namen für ihr selbstverwaltetes Hausprojekt „Am Babelsberger Park 15“ – direkt am Ufer der Havel: „La Datscha“. In der Zwischenzeit hat sich der Ort ziemlich gut gemausert. Er blüht zusehends auf als alternativer Veranstaltungsort. So ist montags ab 12.00 Uhr eine AG Volleyball zugange. Dienstags abends gibt es „vegane Vokü“ und Filmflimmern,



mittwochs schließlich eine offene Selbsthilfe-Fahrradwerkstatt und donnerstags ist der „Umsonstladen“ offen.

Wir werden die Aktivitäten und Aktionen des „La Datscha“ aufmerksam begleiten.

## Auf ein Wort...



### Das Ufer des Griebnitzsees soll zugänglich bleiben

Seit mehr als 10 Jahren beschäftigt uns Stadtverordnete der freie Zugang zu den Potsdam umgebenden Gewässern. Obwohl zu diesem Thema mehrfach Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gefasst wurden, reißt die Diskussion dazu nicht ab. Brennpunkt war und ist immer wieder der Uferweg am Griebnitzsee. Obwohl die Aufträge an den Oberbürgermeister eindeutig waren (zumindest bis zu den Kommunalwahlen in diesem Jahr gab es in der Stadtverordnetenversammlung eine große mehrheitliche Übereinstimmung, dass dieser Weg für die Bevölkerung frei zugänglich bleiben müsse), legt nun die Stadtverwaltung eine Änderung des B-Planes vor, die den Beschluss zur Offenhaltung des Weges weitestgehend aufweicht. Das können und wollen wir nicht tolerieren und schon gar nicht mittragen. Wir wollen eine barrierefreie Uferzone, einen durchgehenden Fußweg und eine Nutzung des Weges rund um die Uhr. Der B-Plan lag bis zum 24.11.2008 öffentlich aus und ich hoffe, alle, die sich wie wir für einen offenen Uferweg am Griebnitzsee einsetzen, haben ihr

(Fortsetzung auf SEITE 2)

## Gute Aussichten für den ÖPNV?

Mindestens seit 2005 sind Untersuchungen im Gange, wie der ÖPNV in der Region Potsdam effektiver gestaltet werden kann. Wenn nunmehr im Ergebnis dieser Untersuchungen umfassende Möglichkeiten prognostiziert werden, wie Mittel effektiver eingesetzt und bei verbessertem Angebot sogar noch Einsparungen erreicht werden könnten, so sollten diese Möglichkeiten auch umgesetzt werden. Wichtig ist, dass mehr

Menschen die Busse und Bahnen nutzen – und das zu sozial verträglichen Fahrpreisen. Eine Fusion von VIP, Havelbus und dem Verkehrsbetrieb der Stadt Brandenburg wäre auf jeden Fall etwaigen Privatisierungsbestrebungen vorzuziehen. Der ÖPNV als öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht privaten Gewinnbestrebungen untergeordnet werden.

Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag

## Internationales Projekt „Bildungsförderung“ unterstützt

Am 12. Dezember 2008 überreichte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, (MdL, DIE LINKE) Schulmaterialien an das Internationale Center für Deutsche und Immigranten e. V. . Frau Esther Okezie vom Internationalen Center in der Fr. Ebert-Straße bedankte sich sehr herzlich.

Anlass der Sachspende war ein Schreiben des Vereins an den Abgeordneten vom Okto-

ber 2008, in dem um Hilfe und Unterstützung für das Projekt „Bildungsförderung“, ein Teilprojekt zur Unterstützung von Entwicklungshilfe in Östlich Nigeria (West Afrika), gebeten wurde. Mit der Übergabe kam Dr. Scharfenberg dem Wunsch des in Potsdam aktiven Vereins nach. Die gespendeten Schulmaterialien wurden noch im zu Ende gehenden Jahr übergeben.

## EHRUNGEN FÜR KARL UND ROSA zum 90. Jahrestag ihrer Ermordung

Wie in jedem Jahr, so ehren wir auch zu Beginn des Jahres 2009 traditionell

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg:

in Berlin am Sonntag, 11. Januar 2009 mit einer Demonstration zur Gedenkstätte und stillem Gedenken

in der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde,

in Potsdam am Sonntag, 18. Januar 2009, um 11.00 Uhr im Lustgarten „Herz und Flamme der Revolution“

(Fortsetzung von SEITE 1)

Interesse auch aktenkundig gemacht. Voraussichtlich im Januar wird die Vorlage der Verwaltung in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung gebracht werden; in den Ausschüssen wird dann die Diskussion stattfinden und ich möchte Sie ermuntern: Machen Sie von Ihrem demokratischen Recht Gebrauch, besuchen Sie diese Ausschusssitzungen und vertreten Sie dort Ihre Meinung zu diesem hoch emotionalen Thema! Die Ausschüsse tagen öffentlich und Sitzungstag und -ort sowie die Tagesordnung finden Sie unter [www.potsdam.de](http://www.potsdam.de), dann „Rathaus online – Ausschüsse“. Die Fraktion DIE LINKE steht auch nach den Wahlen zu ihrer Aussage im Wahlprogramm, sich für den Uferpark und damit für ein frei zugängliches Ufer am Griebnitzsee einzusetzen. Ihre Hinweise und Anregungen, auch zu weiteren Themen, nehme ich gern unter [Birgit.mueller-goetz@bassflip.de](mailto:Birgit.mueller-goetz@bassflip.de) oder über unsere Fraktion entgegen.

Birgit Müller,

1. Stellvertreterin  
des Vorsitzenden der  
Stadtverordneten-  
versammlung

#### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand  
DIE LINKE, Potsdam; **Günther  
Waschkuhn**, Vorsitzender. Allee-  
straße 3, 14469 Potsdam.

**REDAKTION:** medienpunkt pots-  
dam; Hessestraße 5, 14469 Pots-  
dam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.);

**Rainer Dyk**, Redakteur; **Jens Hör-  
nig**, Reisen, Service; **Renate  
Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.:  
0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;  
email: [pas.redaktion@gmx.net](mailto:pas.redaktion@gmx.net);

**ANZEIGEN:** Sekretariat.  
**BANKVERBINDUNG:** Mittelbranden-  
burgische Sparkasse, Kto-Nr.  
3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für  
12.000 LeserInnen. Nachdruck,  
auch auszugsweise, nur mit  
schriftlicher Genehmigung der  
Redaktion. Veröffentlichungen,  
die nicht ausdrücklich als Stellung-  
nahme des Kreisvorstandes  
und/oder der Redaktion gekenn-  
zeichnet sind, stellen die persön-  
liche Meinung des/der AutorIn dar.  
Für unverlangt eingesandte Ma-  
nuskrifte bzw. Fotos kann keine  
Haftung übernommen werden.  
Für die Veröffentlichung von Le-  
serpost behält sich die Redaktion  
das Recht sinnwahrer Kürzungen  
vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv  
**DRUCK:** OSSI-Druck Branden-  
burg.

## Der Klimawandel übertrifft die schlimmsten Befürchtungen



Die Zeit drängt, deshalb jetzt handeln! Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ ruft daher die Brandenburgerinnen und Brandenburger dazu auf, persönlich etwas für den Klimaschutz zu tun und sich auf ihren Meldeämtern für das Volksbegehren einzutragen.

Die Indikatoren für den Klimawandel übertreffen die schlimmsten Befürchtungen der Klimaforscher. Die Treibhausgase in der Atmosphäre sind in den letzten Jahren sogar wieder gestiegen. Laut Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung schmolz das arktische Eis 2007 auf ein nicht vorhergesehenes Rekordminimum, während der Meeresspiegel stärker als vorhergesagt anstieg.

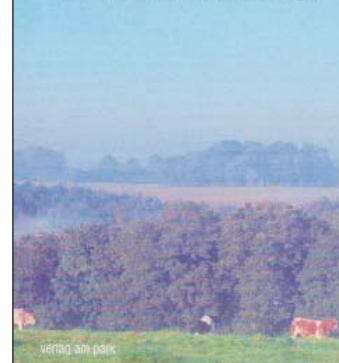
Alle Klimaforscher betonen, dass die Zeit, den Klimawandel abzumildern, davonrennt und Nichtstun Billionen kosten wird. Doch anstatt eine Energiegewende einzuleiten, vertröstet die Landesregierung die Bevölkerung auf später, setzt weiter auf die klimaschädliche Braunkohleverstromung und will neue Tagebaue erschließen. Allein die beiden märkischen Braunkohlekraftwerke Jänsch-

walde und Schwarze Pumpe pusten jedes Jahr rund 36 Millionen Tonnen klima-

schädliches Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in die Atmosphäre. Die Braunkohle macht Brandenburg pro Kopf zu einem schlimmeren Klimaverschmutzer als die USA. Wir rufen die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, das nicht länger hinzunehmen!

Anlässlich der UN-Klimakonferenz und des bundesweiten Klimaaktionstages machten am 5. Dezember von der Abgaberung bedrohte Lausitzerinnen und Lausitzer Am Alten Markt in Potsdam mit einem symbolischen Umzug auf ihre Situation und das Volksbegehren aufmerksam. Vor Ort sagte ULRIKE MEHL, stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Mitorganisator des Volksbegehrens ist: „Brandenburg wird in eine Sackgasse manövriert, wenn das Land weiter auf die Braunkohle statt auf Energiegewende setzt. Gerade wird in Poznan über den weltweiten Klimaschutz nach 2012 verhandelt. Brandenburg muss seine Pro-Kopf-Emissionen, die jetzt über denen der USA liegen, konsequent senken. Das geht nur über den mittelfristigen Ausstieg aus dem klimaschädlichsten aller Energieträger, der Kohle. Vattenfall und die anderen Energiekonzerne behaupten, dass neue Technologie zur Abscheidung und geologischen Speicherung von CO<sub>2</sub>, kurz CCS, die Kohleverstromung sauber konkurrenzfähig machen würde. Richtig ist 1.), dass die Technik für das Erreichen der deutschen Klimaziele zu spät kommt, 2.) sehr teuer und aufwendig ist, und 3.), dass durch CCS bis zu 40% mehr Kohle in den Kraftwerken eingesetzt werden müsste. CCS würde daher den Druck für mehr Braunkohleabbau und mehr Tagebaue erhöhen - mit den bekannten dramatischen Folgen für die Lausitz und andere deutsche Tagebau-Gebiete.“

Helga Bornstädt  
**Zeitsplitter**  
Erlebte Momente



### Zeitsplitter – Erlebte Momente

Wenn ein bestimmtes Alter erreicht ist, beginnt man, Rückschau zu halten. Da ist vieles, was sich in der Erinnerung verhaftet hat. Einzelne Momente, Splitter vom Baum des Lebens.

Helga Bornstädt, die Journalistin aus Potsdam, hat vieles gesehen, manches erlebt, einiges damals in der Zeitung preisgegeben. Doch nun beginnt sie, einzelne Begebenheiten zu reflektieren.

Wie ein Puzzle fügen sich Geschichten zu einem Ganzen. Das Bild heißt LEBEN. Der leicht melancholische Grundton rührt an, die Beobachtungen berühren: Sie decken sich mit Erfahrungen, die jeder machte. Helga Bornstädt's Bilanz ermutigt und unterhält gleichermaßen.

Zeitsplitter – edition ost, Neue Grünstr. 17,  
10179 Berlin, ISBN 978-3-89793-177-0, 12,90 €



# Das Superwahljahr 2009 (Teil 1)

von Pete Heuer und Sascha Krämer

Lassen wir die Kommunalwahlen als gelungene Generalprobe hinter uns und schauen vorwärts. Drei Wahlen stehen in Brandenburg an: Die Europawahl, die Landtagswahl und die Bundestagswahl. Wichtig und mit Signalwirkung die Neuwahl in Hessen und die Landtagswahl im Saarland.

Mit welchen Erwartungen geht DIE LINKE in Potsdam in die Wahlkämpfe? Natürlich geht es immer um eine Verteidigung und einen Ausbau von Ergebnissen. Dies geschieht nicht losgelöst von aktuellen Entwicklungen. DIE LINKE profitiert von ihrer gesamtdeutschen Präsenz. Die Sonntagsumfragen zeigen sie für den Bundestag konstant über 10%. Vorbei die Zeit der Zitterpartien an der 5%-Hürde. Traditionell mit besonders guten Ergebnissen bei den Europawahlen – nicht zuletzt profitierend von der guten Mobilisierung der eigenen Wählerinnen und Wähler bei ansonsten mageren Wahlbeteiligungen (zuletzt in Potsdam nur 33%).

Auf Bundesebene sieht man sich nicht wie in der Vergangenheit zwischen dem Kampf der alten „Volksparteien“ SPD und CDU, sondern deutlich als linke Alternative zur großen Koalition. Die bei uns am selben Tag stattfindende Landtagswahl wird davon sicher beeinflusst, ist aber auch nicht frei von Eigendynamik. So steht eine stabile LINKE ggf. bis dahin konsolidierten Parteien der kleinen Koalition gegenüber. Dann werden auch FDP und Grüne den Einzug ins Landesparlament wieder nicht schaffen. Es stellt sich nach der Wahl wieder die Gretchenfrage – Rot-Rot oder Rot-Schwarz? Derweil setzt DIE LINKE auf soziale Gerechtigkeit, droht die SPD dem Lieblingspartner CDU mit Rot-Rot und wird die CDU die (untaugliche) Rote-Socken-Kampagne führen.

Fakt ist, im Land besteht Umfragen zufolge inzwischen eine Bereitschaft für Rot-Rot. Doch DIE LINKE muss dafür ihre Mitglieder, ihre Wählerinnen und Wähler und den potenziellen Koalitionspartner gewinnen, und zwar mit guten Argumenten.



## Europawahl

Der europäische Integrationsprozess ist eine Realität des beginnenden 21. Jahrhunderts. Dies trotz aller Krisen, die mit Regelmäßigkeit die EU erschüttern, der vielen Differenzen und nationalstaatlichen Konkurrenzkämpfe. Mit Euro-Zone und Schengen-Land sind Realitäten entstanden, die wir zur Kenntnis nehmen müssen; sie gehören zum täglichen Leben. Als LINKE muss man den technokratischen Ansatz der EU verurteilen, sich gegen die neoliberalen Auswüchse aussprechen. Kritik an der EU, früher EG, ist nicht neu. Der langjährige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher etikettierte mit vier „K“s die damalige EG; für ihn war sie „katholisch, kapitalistisch, konservativ und kartellis-

tisch“, und die SPD verweigerte dementsprechend damals die Zustimmung.

Mittlerweile ist die EU-Integration trotz aller Schwarzseherei vorangekommen – ob auf dem einst von Monnet oder d’Gaspari geplanten Weg, sei dahingestellt. Diese hatten dieses Projekt in erster Linie als Lehre aus dem Völkermorden des Zweiten Weltkrieges heraus geschaffen; ihnen ging es nicht um Milchquoten und Fördermittelbescheide – ihnen ging es darum, dass die verhängnisvolle Feindschaft zwischen den europäischen Völkern, vor allem zwischen Deutschen und Franzosen, nicht mehr in einen Krieg umschlagen kann. Die europäischen Völker sollten kriegsunfähig gemacht werden. Und das gelang nicht.

Sicher, der Nationalstaat verschwindet nicht auf absehbare Zeit, aber nationale Lösungen werden in Europa - trotz der aktuellen Versuchen im Zuge der Finanzkrise - kaum die Zukunft sein. Deshalb sollte die LINKE sich dem stellen und diesen Prozess in drei Richtungen ausbauen: Es geht um mehr demokratische Teilhabe. Es geht um eine soziale EU, die nicht nur Freiheiten für das Kapital sichert, sondern auch den Arbeitnehmern. Und schließlich geht es um eine EU, die eine Friedensmacht in der Welt ist und nicht militärisch eingreift.

Mit der Stärkung der LINKEN im Europa-Parlament können wir diese Themen anpacken und öffentlich diskutieren, und das nicht nur national, sondern länderübergreifend mit den LINKEN in ganz Europa.

(wird fortgesetzt)

## Wahlergebnisse (Zweitstimmen in %) der PDS in Potsdam:

### Europawahlen:

1994: 36,7%;  
1999: 37,1%;  
2004: 34,4%.

### Bundestagswahlen:

1994: 31,3%;  
1998: 28,1%;  
2002: 22,8%;  
2005: 23,6%.

### Landtagswahlen:

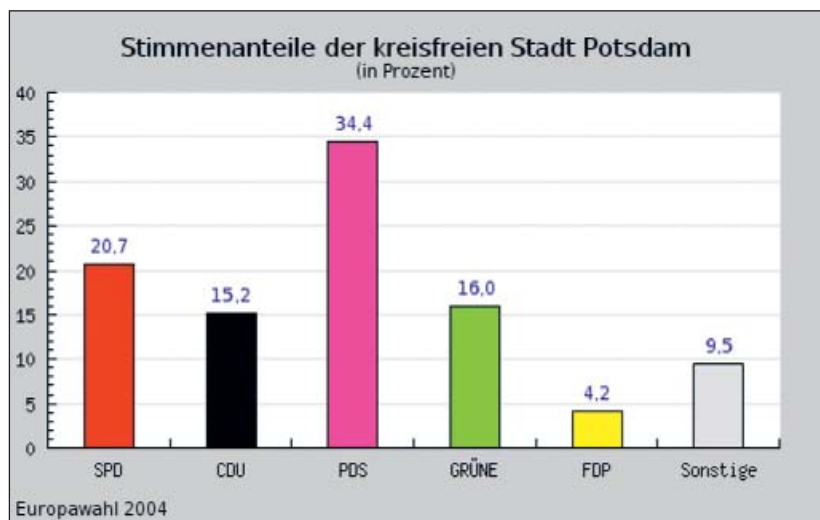
1994: 31,7%;  
1999: 33,0%;  
2004: 30,3%

## DIE LINKE im Europäischen Parlament

1999 mit 5,8 Prozent - sechs Abgeordnete

2004 mit 6,1 Prozent - bisher bestes Ergebnis auf Bundesebene, sieben Abgeordnete: André Brie, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helmut Markov, Tobias Pflüger, Felekna Uca, Sahra Wagenknecht und Gabi Zimmer

Im Europäischen Parlament gehören die Abgeordneten der LINKEN als Delegation der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) an. Sie ist der Zusammenschluss von sozialistischen, rotgrünen und kommunistischen Parteien aus den Mitgliedstaaten der EU.



## Er würgte die Revolution

Januar 1864

Als der General Friedrich Gustav Graf von Waldersee am 18. Januar 1864 auf dem Alten Friedhof in Potsdam feierlich beige- setzt wurde, hatte er ein langes Armeeleben hinter sich. Am 21. Juli 1795 geboren, musste er schon als 15-Jähriger auf Befehl des Königs Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1810 in das Regiment Garde eintreten. Während der Befreiungskriege war er schon militärisch aktiv – bei der Schlacht von Groß-Görschen wurde er schwer verwundet. Doch auch bei der Leipziger Völkerschlacht und in Paris war Graf Waldersee mit dabei. Seine militärische Karriere ging steil bergauf. Schon am 12. April 1821 wurde er Kompaniechef im 1. Garderegiment zu Potsdam und nur sechs Jahre später – am 10. Oktober 1827 – Kommandeur des Lehr-Infanteriebatallions und dem 1. Garderegiment zu Fuß. Das Jahr 1846 sah Graf v. Waldersee bereits als Oberstleutnant. Wilhelm v. Preußen, spä-

ter Wilhelm I., lobt v. Waldersee überschwenglich: „Gehört unstreitig zu den ausgezeichnetsten Stabsoffizieren der Armee. Reiches militärisches Talent, umfassende, vielseitige Kenntnisse und Bildung, erprobte Kaltblütigkeit auf dem Schlachtfelde stempeln ihn zum höchst brauchbaren Offizier, was er auch bei jeder Gelegenheit beweist.“

Für eine solche Einschätzung bedankte Graf v. Waldersee sich bei seinem Landesherrn. Bei der Niederschlagung der revolutionären Unruhen in Berlin 1848 tat er sich außerordentlich hervor. So gut, dass er noch im gleichen Jahre den Orden „Pour le Mérite“ erhielt. So zufrieden war der preußische Landesvater mit ihm, dass er ihn 1849 bei der Niederwerfung der Unruhen in Dresden erneut einsetzte und – quasi als Dank – auch gleich zum Oberst beförderte. Auch machte sich der Dresdener Einsatz für v. Waldersee materiell be-

zahlt: ein Gehalt von 2.500 mit einer Zulage von 600 Talern.

Am 05. August 1854 wurde Graf v. Waldersee schließlich Staats- und Kriegsminister und damit gleichzeitig Chef des Direktoriums des Großen Militärwaisenhauses zu Potsdam.

1858 zwang ihn die Gesundheit, um den Abschied nachzusuchen. Am 06. November wurde er ihm mit Bedauern gewährt. Der Prinzregent Wilhelm, später Wilhelm I., schrieb: Ich rechne darauf, „...daß, wenn ernstere Verhältnisse eintreten, Sie Meinem Dienste mit gleicher Freudigkeit wie bisher Ihre Kräfte widmen können.“ Mit Sicherheit wäre Generalleutnant Graf v. Waldersee dem Wunsche des Königs gefolgt, hätte es erneut ein Berlin oder Dresden gegeben.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte v. Waldersee in Potsdam. Hier auch verstarb er am 15. Januar 1864.

## Bildungsmonopol ade!

Januar 1949

In den Programmen und Erklärungen der demokratischen Parteien und Organisationen hatte nach dem Neuanfang 1945 auch der Gedanke Platz gefunden: Brechung des Bildungsmonopols! Da sich jedoch die Zugangsvoraussetzungen für Universitäten und Hochschulen – Abitur – nicht änderten, musste eine Lösung gefunden werden, die den bisher nicht Privilegierten die Möglichkeit bot, eben die-

se Voraussetzungen zu erreichen. Aber auch solchen, die wegen Kriegseinwirkungen, Flucht, Vertreibung und politischer Verfolgung während der Nazizeit ihre Reifeprüfung nicht hatten ablegen können, standen diese Vorstudienrichtungen zur Verfügung.

So wurde am 05. Januar 1949 in Potsdam an der Brandenburgischen Landeshochschule die Vorstudienanstalt (ab 04.

Oktober 1949 Arbeiter- und Bauernfakultät) gegründet. Für 64 Studenten standen 10 Lehrkräfte zur Verfügung. 1963 war die Aufgabe der ABF erfüllt. Sie wurden in der DDR schrittweise abgebaut. Hermann Kant setzte ihnen in seinem Roman „Die Aula“ ein literarisches Denkmal.

## Prämie 1959

Januar 1959

Im Dezember 1958 erhielt Oskar Scharf vom VEB Minol-Tanklager Potsdam einen Auftrag, der Bedeutung für die ganze DDR besaß: Er sollte im Auftrag der Staatlichen Plankommission der DDR den ersten Großtankwagen auf dem Territori-

um der Republik testen. Oskar Scharf erledigte seinen Auftrag gewissenhaft und zur Zufriedenheit des Auftraggebers. Am 02. Januar 1959 wird der Kraftfahrer dafür mit einer Prämie in Höhe von 150,- DM ausgezeichnet.

Wie war das doch gleich mit den Managergehältern heutigentags in der BRD?

## „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben!“

Januar 1959

Januar 1959. Der 10. Jahrestag der Gründung der DDR stand vor der Tür. Dieses Ereignis in der Republik sollte zugleich zu einem deutlichen Bekenntnis ihrer Bürger zum sozialistischen Staat und damit zur ideologischen Abkehr von der Bundesrepublik Deutschland werden. Nachdem das ZK der SED sich darauf verständigt hatte, bereitete der Bundesvorstand des FDGB im Dezember 1958 die Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld darauf vor, eine Führungsrolle im DDR-Maßstab zu übernehmen. So erschien am 07. Januar 1959 in der Gewerkschafts-

zeitung „Tribüne“ der Aufruf „Wir wollen auf sozialistische Weise arbeiten, lernen und leben“. Das war in der Bewegung der DDR eine völlig neue Qualität, denn erstmals gingen die Verpflichtungen über die Produktions-sphäre hinaus, erfassten den gesamten Lebensbereich.

Auch in Potsdam fand dieser Aufruf organisierten Widerhall. Die Brigade Hagen vom VEB (K) Textilwerke Babelsberg war die erste, über die die „Märkische Volksstimme“ berichtete. Die hatte zu einem überbetrieblichen Wettbewerb – analog der Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ –

aufgerufen. Weiter wird am 28. Januar 1959 berichtet: „Es geht dabei um den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit“. Anlass dieses Wettbewerbes ist das zehnjährige Bestehen unserer Republik, aber schon bis zum 1. Mai will man 2 Tage Planvorsprung erreichen. In der Abteilung Handweberei haben sich bereits alle Brigaden dem Aufruf angeschlossen.“ Zumindest zum 10. Jahrestag der DDR-Gründung erfüllten die Kolleginnen und Kollegen des VEB (K) Textilwerke Babelsberg den Jahresplan 1959 mit 80,1 %.

rt

## Der dreimillionste Besucher

Januar 1984

Am 01. März 1961 war im Marmorpalais am Heiligen See das Armeemuseum Potsdam feierlich an die Öffentlichkeit übergeben worden. Seine Aufgabe bestand u.a. darin, progressive deutsche Mi-

litärtraditionen darzustellen und zu vermitteln. Zahlreich waren die Besucher, vor allem Jugendlichen wurden die Ausstellungen gezeigt. Kein Wunder, dass der dreimillionste Besucher am 17. Januar

1984 auch ein Jugendlicher war: Berufsoffizierbewerber Jörg Künne, Lehrling im VEB Geräte- und Reglerwerke „Wilhelm Pieck“ Teltow.

## Hart in der Sache – freundlich im Ton

Wasserpreise, Abfallgebühren, Energiepreiserhöhung – Pete Heuer zieht erstes, kurzes Resümee nach 100 Tagen als Stadtverordneter

Die ersten 100 Tage als Stadtverordneter der LINKEN im Potsdamer Stadtparlament sind für Pete Heuer vorbei. Anlass genug für unsere Redaktion, ihn nach seinen ersten Erfahrungen, Ergebnissen zu befragen, quasi eine Art kleines persönliches Zwischen-Resümee zu ziehen. Drei von ihm initiierte Anträge – alle im Parlament mit positivem Votum versehen, das kann sich sehen lassen. Worum ging es? Zunächst um die Preise für Trink- und Abwasser. Im Sommer wurde eine Studie bekannt, nach der Potsdam Deutschlands teuerste Stadt bei Wassergebühren ist. Die Stadt wird nun diese Studie auswerten und erklären, wieso Potsdam so schlecht abgeschnitten hat. Gleichzeitig erging der Auftrag, Kostenminderungspotenziale vorzuschlagen. Gleich ganz heftig ging es bei den Abfallgebühren zur Sache. Aus einer „Teilauflösung von



250.000 €“ wurden durch intensives Nachfassen 4,8 Mio. €, die umgehend – also mit den Gebühren 2009 – an die Haushalte zurück zu führen sind. An der Frage der Verzinsung bleibt Heuer dran,

auch hier gibt es für ihn keine Alternative zu den gesetzlichen Vorgaben. Letztlich ist es Geld der Potsdamerinnen und Potsdamer, das ihnen jahrelang vorenthalten wurde. Für die Januar-Sitzung ist ein weiterer Antrag angekündigt, der die Offenlegung der Kalkulationen der Stadtwerke für die Energiepreiserhöhungen verlangt. Das ist ein heißes Eisen und kann spannend werden.

Pete Heuer setzt sich auch für eine Umsetzung des Entwurfes des Toleranzediktes ein. Damit wird sich der Hauptausschuss befassen. Für Heuer geht es darum, die Sache nicht als Broschüre im Schrank verstauben zu lassen, sondern durch die Menschen und den Umgang miteinander in der Stadt in Kraft zu setzen. Übrigens auch ein Geheimnis seines parlamentarischen Erfolgs – hart in der Sache und freundlich im Ton.

„In einem Produktionssystem,..., wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muß augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar. Und in der Tat handelt es sich nur um die Konvertibilität der Wechsel in Geld. Aber diese Wechsel repräsentieren der Mehrzahl nach wirkliche Käufe und Verkäufe, deren das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung schließlich der ganzen

## Marx und die Finanzkrise

Krise zugrunde liegt. Daneben aber stellt auch eine ungeheure Masse dieser Wechsel bloße Schwindelgeschäfte vor, die jetzt ans Tageslicht kommen und platzen; ferner mit fremdem Kapital getriebene, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können.

Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesse kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, daß nun etwa eine Bank, z.B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft. Übrigens erscheint hier alles ver-

dreht, da dieser papiernen Welt nirgendwo der reale Preis und seine realen Momente erscheinen, sondern nur Barren, Hartgeld, Noten, Wechsel, Wertpapiere. Namentlich in den Zentren, wo das ganze Geldgeschäft des Landes zusammendrängt, wie London, erscheint diese Verkehrung; der ganze Vorgang wird unbegreiflich; weniger schon in den Zentren der Produktion.“

*Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, 3. Band, Dietz Verlag Berlin 1976, S. 507.*

*Die 1. Ausgabe erschien im Jahre 1894.*

## Sind wir politikfähig?

Überlegungen zu unserer politischen Lage / Von Sascha Krämer

Was für eine Frage! Natürlich sind wir politikfähig, immerhin sind wir die stärkste Fraktion in der Stadt, wir haben drei Ausschussvorsitzende, bringen unsere Anträge und Aufträge in die Stadtverordnetenversammlung und geben damit Themen vor. Natürlich begrenzt sich „Politik machen“ nicht nur auf dieses gewählte Gremium, es gibt auch „die Straße“, die Öffentlichkeit außerhalb der Gremien; aber die Stadtverordnetenversammlung ist das wichtigste, das politisch einflussreichste. Deshalb sollten wir nach gut zwei Monaten der neuen Legislaturperiode über „den Start“ reden.

Sicherlich waren wir nach der Wahl vom September 08 in einer guten „Position“. Mit 17 Abgeordneten starteten wir hervorragend. Dann kam die Frage, wer das Gremium präsidieren soll. Wir hatten diesen (nicht nur protokollarisch wichtigen) Posten seit Jahren besetzt. Die Signale, die man bezüglich der Neubesetzung hören konnte – wenn man

hören wollte – waren recht eindeutig: Es wurde ein personeller Wechsel gefordert, der jedoch nicht unbedingt einen Wechsel der Partei bedeutete. Es gab bei uns Kandidaten, die mit großer Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit für diesen Posten bekommen hätten.

Das Festhalten an der bisherigen Präsidentin gab den anderen Parteien und Bewegungen eine erste Steilvorlage für ein „bürgerliches Bündnis“, wie es jetzt in der Presse bezeichnet wird. Nun kann man zwar trefflich darüber spekulieren, was „bürgerlich“ für die SPD bedeutet bzw. ob nun LINKE, Die Anderen und Bürger Bündnis als „vaterlandslose Gesellen“ gelten – eine Bezeichnung, die lange Zeit die gängige für die „Sozis“ war, als sie noch nicht als „bürgerlich“ galten. Nun nutzen vor allem die „richtigen Bürgerlichen“ die Gunst der Stunde und machten „Nägel mit Köpfen“, was in der Politik die Verteilung von Posten heißt: in dem Fall Stadtpräsident, zwei Beigeord-

nete und Posten in den Ausschüssen. Aber Fakt ist, es gibt jetzt im Stadtparlament eine Mehrheit gegen die DIE LINKE, die unsere Anträge be- und verhindert, die es uns erschwert, die Politik in der Stadt gerechter zu gestalten.

Sicherlich ist die „bürgerliche Koalition“ kein Grund für hektisches Agieren. Politik machen heißt, dicke Bretter zu bohren und da wird dieses „Bündnis“ noch zeigen müssen, ob es das Papier wert ist, auf dem die „Kooperationsvereinbarung“ geschrieben steht.

Trotzdem sollten wir über unseren Start in die neue Legislaturperiode nachdenken. In Sachfragen ist die Übereinstimmung mit der SPD weiterhin groß. Es gibt eine (klare) linke Mehrheit in dieser Stadt, so der Wille des Wählers vom 28. September. Aber er wurde bisher nicht umgesetzt.

Wir sollten darüber nachdenken, was wir als LINKE tun können, um dieses Mandat zu erfüllen.



## Aktiv im Alter

Vorgestellt: Die Dahlweid-Stiftung – gute Bedingungen für Seniorenarbeit im „Zentrum-Ost“

### Gemeinsames Frühstück

Jeden Donnerstag um 9.00 Uhr findet in Abstimmung mit der Sozialstation City ein „Gemeinsames Frühstück mit anschließendem Training der körperlichen und geistigen Beweglichkeit“ für alle Seniorinnen und Senioren statt, die gern in geselliger Runde frühstücken oder plaudern, Bingo oder Karten spielen, die nicht gern allein sind oder aufgrund ihres Alters, wegen Pflegebedürftigkeit oder einer Erkrankung auf Hilfe angewiesen sind.

Am 11. April 1994 errichtete Helmut Schwinning im Angedenken an seine Großeltern die Alfred und Toni Dahlweid Stiftung. Alfred und Toni Dahlweid waren Potsdamer Bürger; Alfred Dahlweid war um die Jahrhundertwende 1900 Stadtrat in Potsdam.

Der vierköpfige Vorstand der Dahlweid-Stiftung unter Leitung seiner Vorsitzenden Ingrid Püschel arbeitet ehrenamtlich, ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, die sich ganz der Betreuung und Fürsorge älterer Menschen verschrieben haben.

### Vielfältiges Angebot der Stiftung

Bereits über drei Wahlperioden führt der LINKEN-Stadtvordere des Wohngebietes, Dr. Herbert Schlomm, nun schon seine Sprechstunden mit Aussprachen über Aktuelles zur Stadtpolitik in unseren Räumen durch. Stadtpaziergänge mit ihm zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt, durch historische Parkanlagen, entlang der Uferbereiche oder in aller Stille vorbei an efeumrankten Baum-



über Hiddensee oder Ibiza. Großes Interesse fand die Ausstellung zur Potsdamer Schlösserlandschaft „15 Schlösser und noch eins drauf“ mit Fotos von Ingrid Püschel und heiter-besinnlichen Gedichten von Dr. Herbert Schlomm.

Musikalische Rätsel-, Tanz- und Singenachmittage unter Leitung von Manfred

den auch im Jahr 2009 präsentiert, so die beliebte Reihe „Mit der Kamera unterwegs: Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht“ mit Dr. Rolf Rönz, die abenteuerlichen Filmberichte „Meine Reise durch Indien – das Land der Kontraste“ von Ingrid Püschel, die interessanten Diavorträge in Überblendtechnik mit Walter Heller oder die Videovorführungen mit Karl Kreutz.

Ständig wachsende Teilnehmerzahlen haben inzwischen die Computer- und Internetkurse für Anfänger und Fortgeschrittene mit Richard Ritterbusch, so dass wöchentlich schon drei Kurse stattfinden.



### Ein Klub – offen auch für Gäste

Die Freizeitstätte als ein Ort der Begegnung im Wohngebiet ist auch offen für vielfältige Veranstaltungen, z. B. von einzelnen Ortsgruppen der Volkssolidarität, von der Rheuma-Liga oder der Schule für Gesundheit, aber auch für private Geburtstagsfeiern oder Familienfeste.

Der Versuch, mit kleinen Konzerten in familiärer Atmosphäre alle Generationen anzusprechen, zeigt erste Erfolge. Unter dem Motto: Stunde der Musik „Klassik im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“ ernteten das Potsdamer Klarinetten-Quartett „Sanssouci“ sowie der ukrainische Pianist und Arrangeur der Berliner Philharmonie Prof. Michael Tsygutkin gemeinsam mit seinem „Meisterschüler“, dem Arzt i. R. Dr. Rolf Zickler, von den Zuhörern aller Altersklassen viel Beifall.

Die Hobby Musiker Andreas Bischoff und Frank Schmidt - das Duo „Turlough“ - hatten großen Erfolg mit „Klassischer Irischer Folklore im Konzert“ – am 31. Januar findet bereits das 3. Konzert bei der Dahlweid Stiftung statt.

Die Besucher kommen aus Babelsberg und von der Waldstadt, aus der Burgstraße, aus Glindow und Caputh, aus Kleinmachnow und Berlin. Trotzdem wünschen wir uns eine noch stärkere Nutzung der vielfältigen Angebote. Niemand soll allein gelassen werden.

Dr. Herbert Schlomm, Ingrid Püschel

riesen in verträumten Biotopen in unserem Havel-Nuthe-Park sind zu allen Jahreszeiten ein besonderes Erlebnis.

Beliebt sind die so genannten Inselvorträge mit Fotos und eigenen Gedichten über die Potsdamer Freundschaftsinsel,

Bischoff sind ebenso beliebt wie die altersgerechte Gymnastik „75 plus“ – mit Erika Stern, die im Dezember ihren 89. Geburtstag feierte. Vorträge des Arztheopaares Dres. Rolf und Gudrun Zickler zu gesundheitlichen oder des Rechtsan-

waltes Karlheinz Sendke zu rechtlichen Fragen, wie Patientenverfügung, Betreuung, Testament und Erbschaft, werden ebenso gern besucht wie literarische Veranstaltungen mit Eva Dobrzinski, Walter Flegel oder dem Literaturklub für Behinderte.

Ein beliebter Treff sind die monatlichen Skatnachmittage unter Leitung von Karlheinz Kunicke mit rund 20 Teilnehmern, darunter auch einige Frauen.

Ferne Länder, abenteuerliche Reisen, exotische Tier- und Pflanzenwelten wer-





## Viel Einsatz für jeden Schüler – Goethe-Gesamtschule in Babelsberg

„Das Klima zwischen Schülern und Lehrern ist sehr gut. Das gefällt mir besonders an unserer Schule“, sagt Martin Schwartz, Schüler der 12a und Schülersprecher der Goethe-Gesamtschule in Babelsberg. Es gäbe viele Angebote neben dem regulären Schulunterricht. Der Schülersprecher fasst damit zusammen, was die große Gesamtschule in Babelsberg mit rund 780 Schülern und Schülerinnen und 71 Lehrern und Referendaren bisher ausmacht: Es ist eine Ganztagschule von der ersten bis zur dreizehnten Klasse mit integrierter Primarstufe und gymnasialer Oberstufe. 25 unterschiedliche Arbeitsgemeinschaften von Boxen bis Video sind im Angebot, dazu Hausaufgabenbetreuung durch Fachlehrer und Förderungen für Schüler mit Leserechtschreibschwäche.

Anspruch sei es, den Schülern Wissen und soziale Kompetenzen zu vermitteln und sie nach ihren Neigungen und Fähigkeiten zu fördern, betont Angela Frevert, Oberstufenkoordinatorin der Goethe-Gesamtschule. Die Schüler engagieren sich bei einer Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen auch im außerschulischen Rahmen: z.B. bei Weihnachtskonzerten, Kabarett- und Theaterprogrammen; ein großer Erfolg war im vergangenen Jahr (2008) „Wir Wendekinder“. Die traditionellen Hoffeste und die Filmtage sind vielen Potsdamern positiv im Gedächtnis.

Imposant erhebt sich der rote Klinkerbau des bereits sanierten Beethovenhauses in der Stephensonstraße in Potsdam-Babelsberg (Foto oben). Im zweiten Ge-

bäude der Schule, dem Goethe-Haus, steht die Sanierung noch an. Auch die Innenrestaurierung ist noch nicht abgeschlossen. Beeindruckend sind die breiten Treppenaufgänge, die restaurierte Aula im Beethoven-Haus und im Außenbereich die zwei sanierten Schulhöfe mit großem Hofgarten, bepflanzter Sitzecke und Tischtennisplatten.

Mit Geld aus dem vor zwei Jahren für die Goethe-Schule gebilligten Fördertopf von 23.000 Euro steht nun den Schülern ein denkmalgerecht rekonstruiertes Mittelgebäude im Innenhof wieder zur Verfügung (untere Fotos). Das Besondere: Der langgestreckte helle Raum von etwa 150 Quadratmetern kann durch eine Trennwand geteilt oder als großer Veranstaltungsraum genutzt werden. Dort gibt es nun das tägliche Mittagessen. „Im kommenden Schuljahr wird es für diesen wunderschönen Raum noch eine offizielle Einweihung geben, und dazu freuen wir uns über jeden Besucher“, sagt Heinz Grützmaker, stellvertretender Schulleiter der Goethe-Schule. Der Termin dafür werde noch bekannt gegeben. Er hoffe natürlich auch auf weitere finanzielle Mittel zur Sanierung des Goethe-Gebäudes

Trotz aller Anstrengungen und Erfolge steht der Goethe-Schule in den nächsten Jahren ein grundsätzlicher Umbruch bevor. Laut Angela Frevert gibt es in drei bis vier Jahren zu wenig Schüler für die Oberstufe, so dass sich die Schulform einer Gesamtschule nicht halten kann. „Unser oberstes Ziel ist, dass wir den Schülern und Eltern das Abitur an einer staatli-



chen Schule in Babelsberg anbieten können“, so die Oberstufenkoordinatorin. Um das zu erreichen, werde es dann wieder zwei getrennte Schulen geben: eine Grundschule und ein Gymnasium. Im Schuljahr 2010/2011 könne dann der erste Gymnasialjahrgang aufgenommen werden. „Sollte es so kommen“, so Angela Frevert, „werden wir alles daran setzen, die positive Zusammenarbeit zwischen unseren großen und kleinen Schülern zu erhalten und das verständnisvolle und geduldige Klima zwischen Lehrern und Schülern weiter zu pflegen und zu fördern.“  
-ida-



### Geschichte der Goethe-Schule kurz und knapp

- 1907 1. April: Einweihung des neuen Gebäudes in der Scharnhorststraße (heute Stephensonstraße) als Realprogymnasium
- 1911 17. Mai: festliche Einweihung des neuen Gebäudes des Realgymnasiums in der Yorkstraße (heute Kopernikusstraße)
- 1917 1. April: Einrichtung der ersten Realschulklassen am Realgymnasium  
9. Dezember: Namensverleihung „Althoff-Realgymnasium und Realschule“
- 1922 Anerkennung des Althoff-Gymnasiums und der Realschule als große Doppelanstalt
- 1926 Umbau des Realgymnasiums in ein Reformrealgymnasium; erste Reifeprüfungen, damit Anerkennung als Oberrealschule
- 1949 Auf Antrag der Eltern und Lehrer Verleihung des Namens Goethe-Schule der Schule 14
- 1950 Vereinigung der Beethoven-Schule und der Althoffschule zur Oberschule 18 „Ludwig van Beethoven“
- 1991 Vereinigung der Goethe-Schule und der Beethoven-Schule zur Gesamtschule Babelsberg
- 1992 Einrichtung der gymnasialen Oberstufe mit den ersten 11. Klassen
- 1997 Renovierung des Beethovenhauses
- 1999 27.9. – 1.10. Festwoche anlässlich der feierlichen Namensgebung „Goethe-Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe und integrierter Primarstufe“
- 2007 25.03. – 30.03. Feier des 100-sten Geburtstages des Schulstandortes in der Stephensonstraße

Sippach/Seipold

## Sind so große Wünsche

Eltern begleiten Umbau der Villa Hirsch an der Grenzstraße

Elternvertreter der Grundschule „Bruno H. Bürgel“ und der Kita Weberspatzen trafen sich vor kurzem gemeinsam mit der Kita- und Schulleitung sowie der Potsdamer AWO, um erste Ideen und Wünsche für die Nutzung der von der AWO Kinder- und Jugendhilfe Potsdam gGmbH erworbenen Hirschvilla in Babelsberg (Foto) auszutauschen. 140 Kita-plätze sollen dort bis Ende 2009 entstehen und die Betreuungssituation im Stadtteil Babelsberg entspannen.

In den Gesprächen ging es vor allem darum, wer künftig in die Villa einziehen wird und wie vorhandene Betreuungsstandorte in Zukunft genutzt bzw. auch entlastet werden können.

Fakt ist: Es muss eine Entlastung her. „Wir wissen, dass viele Eltern ihre Kinder nicht in den Hort bringen, weil es dort zu eng ist“, sagt AWO-Bezirkschefin Angela Basekow. „Vollgestopfte Horteinrichtungen sind für die Kinder und die Eltern un-

erträglich, aber auch für die pädagogische Arbeit nicht gut“, so Basekow. So sind beispielsweise die Hortkinder aus der Bürgelschule in fünf verschiedenen Häusern in Babelsberg verteilt. 27 Kinder sind am Schulstandort in der Karl-Liebknechtstraße untergebracht, 73 am Weberplatz und 57 in der AKI im Kulturhaus Babelsberg. Kleines und großes Schulhaus der Babelsberger Grundschule – einer Übergangslösung vom Landesjugendamt – verfügen über weitere 54 Plätze.

Schon lange kritisieren Eltern und Schulleitung diese Situation – genug Stoff, um an einem Nachmittag in den Klassenräumen der Bürgelschule jede Menge Vorschläge und Ideen für die künftige Nutzung der Villa Hirsch aufzugreifen: etwa das Weberhaus als Horthaus umzugestalten – noch teilen sich die Hortkinder das Gebäude am Weberplatz 13 mit 50 Lütten der Kita Weberspatzen. Durch seine Nähe zur Schule sei das Weberhaus ein optimaler Hortstandort, erklärt Direktorin Monika Riccius. Krippe und Kindergarten der Weberspatzen würden also – wenn es nach den Wünschen der Beteiligten ginge – in die Hirschvilla umziehen.

Da das Weberhaus aber zu klein ist, um künftig alle 260 Hortkinder zu versorgen, sollen auch 70 Hortplätze in der Grenzstraße entstehen.

Der Vorschlag einiger Eltern, auch die Schulkantine direkt neben dem Weberhaus für die Hortbetreuung zu nutzen, stieß auf Zustimmung. KIS und AWO verhandeln derzeit mit der Stadt ein Erbbaurecht für das Gebäude. Das kann so aber nicht genutzt werden.

Schon im Sommer hatte der Förderverein der Bürgelschule den schlechten Bauzustand des „Essenshauses“ beklagt, in dem es knapp 60 Plätze gibt – für mehr als 300 Schüler. Das Problem ist auch in der Verwaltung bekannt. Für eine Sanierung fehlen jedoch die finanziellen Mit-

tel. Sollte die AWO das Gebäude erwerben, würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Sanierung wäre gesichert, außerdem könnte das Gebäude nach Umbaumaßnahmen sowohl als Mensa als auch zur Nachmittagsbetreuung genutzt werden.

Horttauglich müsste dann auch die Kita Weberspatzen gemacht werden. Mütter und Väter sind sogar bereit, kräftig mit anzupacken, wenn die Kita in einen Hortraum umgestaltet und in einem weiteren Sanierungsvorhaben das marode Essenshaus neu hergerichtet werden sollte.

„Da kann man Möglichkeiten sehen, sagt Schuldirektorin Riccius. Schließlich sei es ein gutes Gefühl, wenn sie Eltern gegenüber sagen kann: „Ja, Sie können Ihr Kind an unserer Schule anmelden, wir haben einen Hortplatz“.

Bis zum Frühjahr 2009 wolle man sich für die Planung Zeit lassen. Dann werde sie den Bauantrag stellen, sagt Basekow. „Das Haus muss entkernt und umgebaut werden“. Bis Weihnachten 2009 sollen die Kinder dann in die umgestaltete Villa ziehen.

Der Weg hierhin war lang. Zwei Jahre Vorarbeit waren nötig, um das Vorhaben in den Kita-Bedarfsplan der Stadt aufzunehmen, die Refinanzierung zu sichern und letztlich die zähen Verhandlungen mit dem ehemaligen Eigentümer, Jörg Weiland, abzuschließen.

Der SV Babelsberg hat bereits Interesse an einem gemeinsamen Projekt mit der neuen Einrichtung signalisiert und bietet das angrenzende Stadion des Vereins als Spielstätte für die Kinder an. Basekow freut sich über das Angebot. „Wir haben die Kooperation bereits zugesagt.“ Mit einer Außenfläche von 1.500 Quadratmetern bietet auch das zur Hirschvilla gehörende Grundstück selbst viel Platz zum Spielen und Toben.

Yvonne Dera, AWO



## Griebnitzsee-Ufer: Am „Ball“ bleiben!

Nachdem am Griebnitzseeufer seit Ende 2007 alles in trockenen Tüchern schien, kam Mitte Oktober eine überraschende Ankündigung der Stadt Potsdam: Das B-Plan Verfahren „Griebnitzsee“ soll erneut aufgerollt werden und die Öffentlichkeit wird wieder aufgefordert, sich zu beteiligen. Zwischen dieser Ankündigung und Auslegung lagen zwei Wochen, und genauso lang war dann Zeit, Stellungnahmen an die Stadt zu schicken. Trotz des kurzen Vorlaufs kamen über 900 Zuschriften in der Verwaltung an. Das Thema ist offenbar im Bewusstsein vieler Leute sehr präsent. Diese öffentliche Beteiligung fand ein viel größeres Echo als die Beteiligung beim Thema Stadtschloss. Ein zugängliches Seeufer, an dem man sich erholen kann, ist für das Leben vieler eben relevanter als ein Schloss, in das man am Wochenende, wenn man Zeit hat, nicht hinein kann.

Ich nehme an, dass die meisten derjenigen, die sich jetzt erneut in Stellungnahmen zum Ufer des

Griebnitzsees geäußert haben, möchten, dass der Seezugang öffentlich bleibt und man den Weg weiterhin 24 Stunden am Tag zu Fuß und mit dem Rad nutzen kann.

Der Uferweg ist seit der Wende ein immer beliebterer Parcours für Spaziergänger, Jogger, Hundebesitzer und Radfahrer. Babelsberg ist ein ständig wachsender Stadtteil mit vielen Kindern, der einen größer werdenden öffentlichen Raum braucht. Das Griebnitzseeufer ist die Flaniermeile der Babelsberger am Wasser. Es bietet Platz für Freizeitaktivitäten und Erholung. Was der Mensch zum Leben braucht, machen diejenigen Anrainer vor, die genehmigte Bootsstege errichtet haben. Sie seien ihnen gegönnt. Es ist noch Platz da für die Anlage auch öffentlicher Bootsstege, z.B. am Stichweg Virchowstraße. Dort war früher eine Dampferanlegestelle. Hier könnten die Babelsberger ihre Ruderboote, Kanus und Schlauchboote zu Wasser lassen. Potsdam will ja

sicher weiter bei Olympia antreten. Besonders für jugendliche Nutzer wäre ein öffentlicher Steg also attraktiv.

Eine weitere Einengung des Weges und eine Verkleinerung der Uferflächen jedenfalls widerspricht im Übrigen dem Geist der Brandenburgischen Landesverfassung, die in Artikel 40 den Kommunen vorschreibt, Seeufer für die Öffentlichkeit freizuhalten oder zu eröffnen.

Das sollten alle, die an einem öffentlichen Griebnitzseeufer interessiert sind, der Kommune auch immer wieder „stecken“. Übrigens war diese öffentliche Beteiligung vom November 2008 die sogenannte „frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit“, es wird also auch noch eine 2. Runde geben. Bleiben Sie daher am Ball und behalten die Sache im Auge, z.B. unter [www.griebnitzsee.eu](http://www.griebnitzsee.eu)

Dr. Walter Raffauf  
Griebnitzsee für Alle e.V.



## Ihre Abgeordneten für den Wahlkreis III: Babelsberg und südliche Innenstadt



**Birgit Müller**

„Handeln, das ist es, wozu wir da sind.“

59 Jahre  
verheiratet  
2 Kinder  
Vorruhestand; selbständige Modedesignerin  
Interessen: Mode, Zeichnen



**Dr. Herbert Schlomm**

„Es nützt nichts, Optimist zu sein, wenn man nicht gleichzeitig aktiv ist.“

74 Jahre  
verheiratet  
drei Kinder, 5 Enkel, 1 Urenkel  
Rentner  
Stadtverordneter seit 1993  
Interessen: Neue und alte Architektur, Stadtentwicklung, Neubaugebiete, Seniorenarbeit



**Dr. Klaus-Uwe Gunold**

„Ich möchte gewählt werden, weil es in Potsdam noch Vieles zu verändern gibt und ich meine inzwischen zehnjährigen Erfahrungen als Stadtverordneter weiter einbringen möchte.“

55 Jahre  
Mitarbeiter einer Landtagsabgeordneten

## Wie weiter mit den Kleingärten?

Gemeint ist die Sparte „Selbsthilfe“ e.V., gegründet 1917. Die Sparte hat schon mehrfach auf sich aufmerksam gemacht, z.B. durch Teilnahme an der Mahnwache vor dem Bugapark im September 2001, als es generell gegen die Beseitigung Potsdamer Kleingärten ging, mit einer Protestdemonstration im November 2005 vor dem Stadthaus, als es um ihr eigenes Weiterbestehen ging. Damals hatten die Stadtverordneten zu beschließen: Erhalt der Kleingärten im Sinne der Potsdamer Bevölkerung oder Gewerbebebauung (Hotel). Innerhalb der SVV engagierte sich Bernd Martin als Sprecher des VGS in einer Rede vor den Abgeordneten für den Erhalt der Kleingärten.

Aber wie so oft, der einzige Unterstützer der Kleingärtner war damals die PDS. Und das reichte nicht, um den Fortbestand der Sparte zu garantieren. Auch Bündnis 90/Die Grünen bekam „weiche Knie“, votierte mit Enthaltung der Stimme und ermöglichte damit die geplante Hotelbebauung.

Mehrmals fanden politische Fröhschoppen in der Anlage statt. Eingeladen waren immer alle Parteien sowie die Entscheidungsträger der Stadtverwaltung. Die PDS war immer da, der Rest, wenn überhaupt erschienen, übte sich in Unverbindlichkeiten oder vornehmer Zurückhaltung.

Und wer von all dem gar nichts mitbekommen hat, hatte wenigstens die aufrüttelnden Transparente in zum Anlass passenden Schwarz am Eingangstor der Sparte am Horstweg lesen können.

Wie soll es nun weiter gehen? Die Kleingärtner haben ein Recht zu erfahren, was auf ihren Parzellen in Zukunft passieren wird. Wir sprechen hier über 91 Gärten, von denen nur 21 nicht überplant sind, in denen schon im Sommer mit Vorbereitun-



gen der nächsten Vegetationsperiode begonnen wird, in denen angepflanzt, Bäume verschnitten und viele andere Arbeiten rechtzeitig organisiert und durchgeführt werden müssen. Zum Teil verursacht das Kosten, die sich erst in den kommenden Jahren realisieren können.

Der B-Plan 99, nach denen die Gärten geschliffen und Gewerbebebauung stattfinden kann, steht.

Also sollte sich eigentlich jedes Nachfragen erübrigen. Dann wäre nur noch zu klären, wann geräumt werden muss, wo die Ausgleichsflächen liegen, wie die Entschädigung geregelt wird, usw..

Aber wie so oft lauert der Teufel im Verborgenen. Das Gelände ist kontaminiert. Mit Trichlorethylen,

einem flüssigen Fettlösungsmittel, das bei einem Unfall auf dem Gelände des damaligen VEB Propangasgerätekwerkes ausgetreten ist. Tri, so seine Kurzbezeichnung, ist schwerer als Wasser, seine Gase giftig. Es ist damals im Gelände der Gärten versickert.

Die Kleingärtner haben deshalb alle ihre Brunnen gezogen und die Anlage wurde an die städtische Wasserversorgung angeschlossen. Der Stoff soll etwa 8 m tief liegen, und weil er schwerer als Wasser ist, ist er für die kleingärtnerische Nutzung ohne Bedeutung, für eine eventuelle Bebauung aber schon.

Alle wussten von der Kontaminierung, nur die Stadtverwaltung wollte es wohl nicht wahr haben.

Den zwei potentiellen Investorengemeinschaften „AMIR“ und „Erbengemeinschaft Heue“ wurde demzufolge auch nichts gesagt.

Und nun, nach Bodenanalysen durch die möglichen Investoren, kommt das große Staunen.

Die notwendige Beseitigung der Bodenverseuchung wird sicher teuer und bringt die Planungen durcheinander. Eine Vermarktung des Geländes wird damit immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich. Die Erbgemeinschaft Heue (Wohnbebauung) hat ihre Pläne schon begraben. Der andere Interessent, AMIR, der ein Hotel errichten wollte, hüllt sich seit Bekanntwerden der Probleme gegenüber dem VGS als Zwischenpächter der Sparte und Ansprechpartner der betroffenen Kleingärtner in Schweigen.

Und die Kleingärtner wissen immer noch nicht, wie es in diesem Jahr weiter geht.

Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

Klaus Muß

# Tipps vom Fachanwalt

## Beratungshilfe auch bei Kindergeldfragen

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 14. Oktober 2008 zum Aktenzeichen 1 BvR 2310/06 die gesetzliche Regelung für verfassungswidrig erklärt, wonach die Beratungshilfe in Angelegenheiten des Kindergeldes nach dem Einkommensteuergesetz zu versagen war. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist bis zu einer gesetzlichen verfassungsgemäßen Neuregelung die Beratungshilfe auch in Angelegenheiten des Steuerrechts einschließlich dem Kindergeldrecht zu gewähren.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt: „Der allgemeine Gleichheitssatz in Verbindung mit dem Sozialstaats- und dem Rechtsstaatsprinzip verlangt aber, dass der Gesetzgeber auch im außergerichtlichen Bereich die erforderlichen Vorkehrungen trifft, damit der Rechtsuchende mit der Wahrnehmung und Durchsetzung seiner Rechte nicht von vornherein an mangelnden Einkünften oder ungenügendem Vermögen scheitert.“

Die Erwägung des Bundesverfassungsgerichts zum Anspruch auf Rechtsschutzgleichheit im prozessualen Bereich, dass der gleiche Rechtszugang jedermann unabhängig von seinen Einkunfts- und Vermögensverhältnissen möglich sein muss, gilt entsprechend auch für die außergerichtliche Beratung. Angesichts der rechtlichen Durchdringung nahezu aller Lebensbereiche ist der Bürger vielfach auf fachkundigen Rechtsrat angewiesen, um seine Rechte erkennen, bewerten und darüber entscheiden zu können, ob und mit welchen Erfolgsaussichten er sie – gegebenenfalls auch gerichtlich – durchsetzen kann.“

Sofern das Amtsgericht Beratungshilfe in diesen oder anderen Angelegenheiten verweigern sollte, kann sich der Bürger auf diese aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Gewährung von Beratungshilfe berufen.

## Ausschluss des Unterhaltsrückgriffs

„Hauptursache der verschämten Altersarmut, die die Grundsicherung bekämpfen soll, ist die Furcht vor allem älterer Menschen, die eigenen Kinder könnten im Regresswege für die Unterhaltsleistungen der Sozialhilfe herangezogen werden.“ (Haufe-Kommentar SGB XII, § 43, RNr. 12) Das führte dazu, dass der Gesetzgeber nach § 43 Absatz 2 und § 94 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 SGB XII jeden Unterhaltsrückgriff auf Eltern und Kinder ausschloss. In § 43 Absatz 2 SGB XII heißt es sinngemäß: Unterhaltsansprüche der Leistungsberechtigten gegenüber ihren Kindern und Eltern bleiben unberücksichtigt, sofern deren jährliches Gesamteinkommen im Sinne des § 16 SGB IV unter einem Betrag von 100.000 Euro liegt. Es wird vermutet, dass das Einkommen der Unterhaltspflichtigen diese Grenze nicht überschreitet. Selbst wenn die an sich unterhaltspflichtigen Kinder oder Eltern ein Gesamteinkommen über 100.000 Euro haben, darf der Sozialhilfeträger geleistete Grundsicherung nach § 94 SGB XII nicht zurückfordern, da es dort sinngemäß heißt: Der Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Sozialhilfeträger ist gegenüber Eltern und Kindern ausgeschlossen.

Somit müssen bedürftige Senioren nicht auf ihre Ansprüche gegenüber dem Amt für Grundsicherung



Unser Autor, Gerhard Klier, ist Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht sowie Mitglied der SVV Neuruppin, Fraktion DIE LINKE.

verzichten, weil sie entgegen der häufigen Vermutung gerade nicht befürchten müssen, dass sich das Amt die Leistungen zur Grundsicherung von den Kindern zurück holt. Um überhaupt Leistungen zu erhalten, müssen die bedürftigen Senioren jedoch einen Antrag auf Grundsicherungsleistungen stellen.

## Grundsicherung und Altersarmut

Im Jahr 2007 hat die Grundsicherung im Alter mit 12,7 Prozent auf 3,5 Milliarden auf Grund der steigenden Anzahl der bedürftigen Senioren zugenommen. Nach § 19 Absatz 2 SGB XII haben Anspruch auf eine Grundsicherung im Alter die Senioren, deren Alterseinkünfte und Vermögen einschließlich der gesetzlichen Rente nicht ausreicht, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Der notwendige Lebensunterhalt umfasst nach § 27 SGB XII insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Um diese Leistungen zu erhalten, ist ein Antrag bei dem zuständigen Amt für Grundsicherung erforderlich. Nach § 1 SGB XII ist es die Aufgabe der Sozialhilfe, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Mit dieser Bezugnahme auf Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes stellt der Gesetzgeber eindeutig klar, von welcher Bedeutung die Menschenwürde ist, wenn es um die Absicherung von Menschen in Notsituationen geht, wie hier der Altersarmut.

## Abfindung bei Kündigung

Häufig werden infolge der Kündigung des Arbeitsverhältnisses den Arbeitnehmern Abfindungen zugesprochen. Diese können sich aus unterschiedlichen Gründen ergeben.

Bereits der Arbeitsvertrag kann eine Abfindungsregelung enthalten. Häufig vereinbarten Betriebs- und Personalräte so genannte Sozialpläne mit den Arbeitgebern, aus welchen sich die Gründe und

Höhe von Abfindungen bei betriebsbedingten Kündigungen ergeben.

Sofern der Arbeitgeber es in dem Kündigungsschreiben aufnimmt, dass die Kündigung aus betriebsbedingten Gründen erfolgt und er eine Abfindung in Höhe eines halben Monatsgehaltes zahlt für den Fall, dass der Arbeitnehmer keine Kündigungsschutzklage erhebt, hat der Arbeitnehmer Anspruch auf diese Abfindung bei einem Klageverzicht.

Eine Abfindung kann sich auch ausnahmsweise aus dem Kündigungsschutzgesetz ergeben. Der häufigste Grund von Abfindungszahlungen ist jedoch der arbeitsgerichtliche Vergleich. Der Arbeitnehmer klagt gegen eine Kündigung und vergleicht sich vor dem Arbeitsgericht mit dem Arbeitgeber, dass das Arbeitsverhältnis gegen Zahlung einer Abfindung aufgelöst wird. Dies hat den Hintergrund, dass häufig der Ausgang des gerichtlichen Verfahrens ungewiss ist, das Verfahren sehr lange dauern kann und der Arbeitgeber ein hohes finanzielles Risiko bei der Fortführung des Verfahrens hat. Die Höhe der Abfindung ist eine Vereinbarungssache und hängt u.a. von den Risiken des Arbeitgebers ab, das Verfahren zu verlieren und den Arbeitnehmer weiter beschäftigen zu müssen.

## Absenkung des Arbeitsentgeltes

Das Arbeitsentgelt kann durch einen Änderungsvertrag zum Arbeitsvertrag abgesenkt werden. Hierzu ist die Zustimmung und grundsätzlich Unterzeichnung durch den Arbeitnehmer erforderlich. Ohne die Zustimmung des Arbeitnehmers ist keine vertragliche Absenkung möglich, dass der Arbeitgeber nicht einseitig die Vergütung verringern kann. Lediglich mit einer Änderungskündigung kann der Arbeitgeber die Arbeitsvertragsvereinbarungen einschließlich der Vergütung zu Lasten des Arbeitnehmers ändern. Eine Änderungskündigung ist eine Kündigung mit dem gleichzeitigen Angebot des Arbeitgebers, unter veränderten Bedingungen das Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Der Arbeitnehmer sollte dieses Angebot unter dem Vorbehalt der Rechtmäßigkeit annehmen und innerhalb von drei Wochen ab Zugang der Änderungskündigung die Rechtmäßigkeit dieser Änderungskündigung vom Arbeitsgericht mit einer Klage überprüfen lassen. Bestätigt das Arbeitsgericht die Rechtmäßigkeit der Änderungskündigung, arbeitet der Arbeitnehmer unter den neuen Bedingungen weiter. Stellt das Arbeitsgericht die Unrechtmäßigkeit der Änderungskündigung fest, arbeitet der Arbeitnehmer unter den bisherigen Bedingungen weiter.

Das Bundesarbeitsgericht hat in seiner Entscheidung vom 26.06.2008 zum Aktenzeichen 2 AZR 139/07 ausgeführt: „Die Reduzierung der Vergütung stellt einen nachhaltigen Eingriff in das arbeitsvertraglich vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung dar. Eine Änderungskündigung zur Entgeltsenkung kann daher nur dann begründet sein, wenn bei einer Aufrechterhaltung der bisherigen Personalkostenstruktur weitere, betrieblich nicht mehr auffangbare Verluste entstünden, die absehbar zu einer Reduzierung der Belegschaft oder sogar zu einer Schließung des Betriebes führen. Regelmäßig bedarf es deshalb eines umfassenden Sanierungsplans, der alle gegenüber der beabsichtigten Änderungskündigung milderen Mittel ausschöpft.“



## Neues Projekt: Von Frauen – für Frauen

Das Projekt der Urania-Schulhaus GmbH AQUAB (Arbeitsmarktbezogene qualifizierende Beratung für Frauen) hat eine Anlaufstelle im Neubaugebiet Drewitz. Von Frauen – für Frauen, ein Arbeitsmarktprojekt, das arbeitssuchenden Frauen und Müttern bei ihrer Rückkehr in den Arbeitsalltag Hilfe, Unterstützung und Begleitung bietet. An dieser Stelle möchten wir genauere Informationen, dabei auch erste Ergebnisse des Projektes, nahe bringen. JANA SCHULZE, Mitglied der Bürgerinitiative Am Stern, sprach dazu mit der Projektleiterin Frau Christiane Kallweit.



### Frau Kallweit, seit wann läuft Ihr Projekt und warum ist der Standort ausgerechnet im Neubaugebiet Drewitz gewählt worden?

Wir haben im August 2008 in Drewitz unsere Kontaktstelle eröffnet. Hier finden die Frauen, die uns besuchen, kein Büro vor. In familiärer Atmosphäre, in einem Raum mit Couch, Tisch und Stühlen, Bildern an der Wand, einer kleinen Küche nebenan, führen wir die Gespräche. Drewitz deshalb, da wir hier eine gute Infrastruktur mit Straßenbahn und Bus, Kitas und Schulen sowie einem Ärztehaus vorfinden, die für unser Projekt Voraussetzung sind. Oft kommen Frauen zu uns, die für ihr Kind keinen Kita-Platz haben, das Arbeits- oder Ausbildungsangebot jedoch bereits in der Tasche mitbringen. Hier können wir unsere Hilfe anbieten, manchmal sogar von einem Tag auf den anderen mit einem Kita-Platz aushelfen.

### Was können die Frauen oder Mütter bei Ihnen erwarten?

Bausteine unseres Projektes sind eine qualifizierte Beratung, individuell auf jede Besucherin zugeschnitten. Wir entwickeln gemeinsam persönliche Strategien, erarbeiten zusammen erforderliche Bewerbungsunterlagen. Neben einer kostenlosen Typ- und Stilberatung (Motto: Auch das Auge „kauft“ mit!), der Nutzung bedarfsorientierter Grundangebo-

te, wie z. B. dem Besuch bei einem Frisör oder Gesprächen mit externen Fachfrauen, führen wir die Frauen hin zu aktiver Arbeitsplatzsuche und einer möglichen Tätigkeitsaufnahme.

### Wie machen Sie die Frauen auf Sie aufmerksam? Gibt es erste Erfolge?

In den Anfangsmonaten August und September haben wir 3 Mitarbeiterinnen vor allem zahlreiche PR-Aktivitäten unternommen, so auch die Teilnahme am Stadtteilstfest im Wohngebiet Am Stern am 7. September mit einem Informationsstand. Unsere Flyer legten wir in Arztpraxen, Bibliothek, Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen aus. Erste Erfahrung: Solche Projekte sollten nicht in Ferienzeiten beginnen. Die ersten Besucherinnen kamen im September, nachdem die Schule wieder begonnen hatte. Heute arbeiten wir bereits mit den Erzieherinnen zusammen. So macht z. B. die Kita-Erzieherin die arbeitssuchende Mutti auf uns aufmerksam. Mittlerweile haben wir über 20 so genannte regelmäßige Kontakte. Drei Frauen konnten wir bereits in Arbeit, eine Mutti in eine Weiterbildungsmaßnahme vermitteln. Selbst bei der Suche nach einem dringend benötigten Kita-Platz konnten wir innerhalb von 24 Stunden helfen. Und die Aussicht nach erfolgreicher Absolvierung

der Weiterbildungsmaßnahme auf einen Arbeitsplatz zum Februar 2009 ist doch ein großer Erfolg für sie.

### Neben diesen Erfolgen, Frau Kallweit, welche Probleme haben Sie bei den Gesprächen mit den Frauen erkennen können?

Neben dem Problem, dass viele Frauen sich einfach nicht von allein zu einem beruflichen Neuanfang durchringen oder trauen, mussten wir oft erfahren, dass sie befürchten, dass ihnen bei Abbruch des Kontaktes zu uns Leistungskürzungen oder andere Einschränkungen von Seiten der PAGA oder Agentur für Arbeit drohen. Da möchte ich betonen: Die Teilnahme, der Besuch bei uns ist freiwillig und hat keinerlei negative Konsequenzen für die Frauen. Die auszufüllenden Formulare haben nur den einen Zweck, dass wir als Träger der Maßnahme gegenüber den Geldgebern unsere Aktivitäten nachvollziehbar belegen müssen. Wir werden hier kontrolliert, nicht die Teilnehmerinnen.

### Frau Kallweit, ich bedanke mich bei Ihnen für das Gespräch und wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen noch viele Vermittlungen und eine Fortsetzung dieses wichtigen Projektes für Potsdam.

## Schlauer kaufen und Geld sparen

Sie wollen Energie und Geld sparen? Dann achten Sie beim Kauf von Haushaltsgeräten nicht nur auf den Anschaffungspreis, sondern auch auf die Stromeffizienz. Es lohnt sich doppelt: In Zeiten, in denen die Energieressourcen knapper werden und der Klimawandel spürbar wird, schonen Sie die Umwelt und können dabei viel Geld sparen.

Informieren Sie sich schon vor dem Kauf über die Stromeffizienz der einzelnen Modelle. Eine Hilfe bei vielen Geräten sind Labels, die den Energieverbrauch der Geräte kennzeichnen. Beispiel: EU-Label. Besonders bei Kühlgeräten und Flachbildschirmen sind die Unterschiede

im Energieverbrauch zwischen einzelnen Modellen ganz erheblich.

Folgende Tipps zum Kauf eines Elektrogeräts sollen Ihnen die Entscheidung für ein Strom sparendes Modell erleichtern: Entsprechen Größe und Ausstattung des Geräts Ihren tatsächlichen Bedürfnissen? Wie viel Strom verbraucht das Gerät im Betrieb und im Stand-by-Modus? Lässt sich das Gerät bequem vollständig vom Stromnetz abschalten? Wie hoch sind die Anschaffungskosten? Wie viel muss für die laufenden Stromkosten kalkuliert werden? Welche Geräteeinstellungen verbrauchen wenig Strom? Wie können Sie mit Ihrem Verhalten bei der Gerätenutzung Strom sparen?

Im Verbraucherberatungszentrum in Potsdam, Lange Brücke 2, können Sie sich zu allen Fragen rund um das Thema Energiesparen persönlich informieren. Unsere Energieexperten beraten Sie individuell, kompetent und anbieterunabhängig zum Stromsparen, aber auch zur richtigen Wärmedämmung, zu Heiztechniken und dem Einsatz erneuerbarer Energien.

Einen Beratungstermin können Sie vereinbaren unter 01805/00 40 49, Mo-Fr 9–16 Uhr (14 Ct/min a. d. dt. Festnetz, Mobilfunk abweichend).

(siehe auch: [www.stiftung-warentest.de](http://www.stiftung-warentest.de) und test-Hefte im Handel)

## Über eine Tonne Äpfel für Potsdamer Bedürftige



Am 11. Dezember 2008 löste der Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) seine im Wahlkampf abgegebene Zusage ein, sich dafür einzusetzen, dass die Potsdamer Tafel mit Obst und Gemüse aus den Potsdamer Kleingärten versorgt wird. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Potsdamer Verbandes der Garten- und Siedlerfreunde (VGS), Friedrich Niehaus (l.), übergab Dr. Scharfenberg in der Ausgabestelle am Schlaatz am Jugendklub „Alpha“ symbolisch die ersten Äpfel an bedürftige Bürgerinnen und Bürger Potsdams. In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Besucher der zwei anderen Potsdamer Ausgabestellen (Innenstadt und Kirchsteigfeld) ihre Äpfel. Der VGS Potsdam spendete immerhin über eine Tonne der Vitaminspender.

## Tipps der Verbraucherzentrale Brandenburg „nach dem Fest“

### Gutscheine:

Gutscheine für Kulturveranstaltungen können für eine bestimmte Veranstaltung oder Spielzeit gelten, ohne bestimmten Aufdruck geht man beim Kino zum Beispiel von zwei Jahren Geltungsdauer aus. Grundsätzlich sollte man einen unbefristeten Gutschein innerhalb von drei Jahren einlösen; viele Anbieter verhalten sich hier großzügig.

### Einkauf:

Ein gesetzlich geregeltes Umtauschrecht bei fehlerfreier Ware gibt es nicht. Mittlerweile tauschen die meisten Händler Waren aus Kulanz um. Sie müssen aber keineswegs den Kaufpreis erstatten, sondern stellen in der Regel einen Gutschein aus.

Gewährleistungsansprüche wegen Mängeln an der Ware verjähren erst nach zwei Jahren. Das gilt auch für Fehler bei preisreduzierten Waren, sofern sie nicht zum Beispiel wegen dieses Mangels als 2. Wahl gekennzeichnet sind. Allerdings muss der Verbraucher bei Reklamationen ab nach dem 6. Monat nach Entgegennahme der Ware nachweisen, dass der Mangel beim Kauf bereits vorhanden war. Doch auch wenn Mängel anerkannt werden, darf der Händler sich zunächst an Nachbesserungen versuchen. Ein Anspruch auf Rückzahlung des

Kaufpreises gegen Rückgabe der Ware besteht je nach Gegenstand häufig erst nach zwei fehlgeschlagenen Reparaturversuchen. Da auf Thermopapier ausgedruckte Kassenzettel schnell verblassen, sollte man bei hochpreisigen Waren den Kassenzettel kopieren und mit dem Original aufbewahren. Bei berechtigten Reklamationen spielt die Originalverpackung keine Rolle.

### Versandhandel:

Durch Fernkommunikationsmittel wie Telefon, Post oder Internet abgeschlossene Verträge fallen unter das Fernabsatzgesetz. Hier besteht grundsätzlich ein Widerrufs- bzw. Rückgaberecht, über das der Anbieter ausdrücklich belehren muss. Die Widerrufs- bzw. Rückgabefrist von zwei Wochen beginnt dann ab Erhalt der Ware. Belehrt der Anbieter nicht über das Widerrufsrecht, kann unbefristet widerrufen werden.

Für einige Ausnahmen gilt das Widerrufsrecht jedoch nicht: Ausgeschlossen ist die Rückgabe von Audio- oder Videoaufzeichnungen oder Software, wenn sie nach Lieferung entsiegelt worden sind. Eben so wenig können per Fernkommunikation gebuchte Reiseverträge mit festen Terminen nach dem Fernabsatzrecht widerrufen werden.

### • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

**Dienstag, 06.01.2009, 14.00 Uhr:**

„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. \*Dahlweid

**Montag, 12.01.2009, 14.30 Uhr:**

„Rom – die ewige Stadt“ - ein fotografischer Spaziergang mit Walter Heller zu Sehenswürdigkeiten des antiken Roms. \*Dahlweid

**Dienstag, 13.01.2009, 14.30 Uhr:**

„Heiter und Besinnlich – Gedichte und Geschichten“. Ein literarischer Nachmittag mit eigenen Gedichten und Geschichten – heiter und besinnlich – mit dem Literaturclub für Behinderte unter Leitung von Walter Flegel. \*Dahlweid

**Dienstag, 13.01.2009, 17.00 – 19.00 Uhr:**

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im Bürgerbüro (Bürgerhaus Stern\*Zeichen) Am Stern.  
Vorankmeldungen unter: 0331/6005069; email:wkbscharfenberg@aol.com

**Montag, 19.01.2009, 14.30 Uhr:**

„Geschäftsfähigkeit, ihre Bedeutung, ihr Verlust“. Gesprächsrunde über wichtige Rechtsfragen des Alltags mit dem Rechtsanwalt und Notar Karlheinz Sendke. \*Dahlweid

**Dienstag, 20.01.2009, 14.30 Uhr:**

Viele reden darüber – bei uns gibt es Klartext: Seniorentreff zum Thema „Angleichung Rentenwert Ost“ in der Alleestraße 3

**Freitag, 23.01.2009, 10.00 Uhr:**

Gesprächskreis Lebenszeit – Arbeitszeit „TÄTIG SEIN. Nachdenken über Arbeit“. \*\*RLS

**Sonntag, 24.01.2009, 10.00 Uhr:**

„Auf den Anfang kommt es an: Frühkindliche Bildung und Erziehung in Brandenburg“ \*\*RLS

**Montag, 26.01.2009, 14.30 Uhr:**

„Ans andere Ende der Welt – Reise nach Neuseeland“ (Teil 1). Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. \*Dahlweid

**Dienstag, 27.01.2009, 14.30 Uhr:**

„Potsdam 2009 – und wie weiter?“ - Historisches und Aktuelles, Humorvolles und Besinnliches über Potsdam erzählt Dr. Herbert Schlohm. \*Dahlweid

**Mittwoch, 28.01.2009, 13.30 Uhr:**

„18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlohm und Karl-Heinz Kunicke. \*Dahlweid

**Donnerstag, 29.01.2009, 19.00 Uhr:**

„Gebrauchsanleitung für deutsche Medien“ 17. Veranstaltung: CNN – Der US-amerikanische Nachrichtensender zwischen großer Politik und Bürgerjournalismus – mit Frederik Pleitgen (Leiter CNN Berlin). \*\*RLS

**Sonntag, 31.01.2009, 10.00 Uhr:**

Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Wahlkreis IV im Bürgerhaus Am Schlaatz. Thema „Ausblick 2009“. Gast: Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender.

**Sonntag, 31.01.2009, 14.00 Uhr:**

Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert - Melodien zum Zuhören und Träumen“. Ein Livekonzert der besonderen Art mit der kleinen Band „Turlough“. Im Programm von „Turlough“ befinden sich neben alten überlieferten Tanzstücken (Reels, Polkas, Jig's) auch einige Stücke des berühmten irischen Komponisten Turlough O'Carolan (1670 - 1738), dessen noch immer beeindruckende und zu Herzen gehende Melodien die beiden Musiker inspiriert haben.  
Teilnehmergebühr: 4,- \*Dahlweid

**Sonntag, 01.02.2009, 10.00 Uhr:**

Frühschoppen „Rathaus report – live“ im Bürgerhaus Am Schlaatz.

**Montag, 02.02.2009, 14.30 Uhr:**

„Gardasee“ – gerühmt seit der ist der „schönste See Italiens“ bis heute der Inbegriff des Italienerlebnisses geblieben. Fotografische Wanderung mit Walter Heller rund um den Gardasee. \*Dahlweid

**Dienstag, 03.02.2009, 14.00 Uhr:**

„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen, und wenn Sie möchten, in den Pausen nach beliebten Melodien Walzer oder Polka tanzen. \*Dahlweid

\*Dahlweid: Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum Ost

\*\*RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortusstr. 53

## Einzelnachhilfe - zu Hause -



- > im gesamten Landkreis
- > qualifizierte, ausgewählte Lehrkräfte
- > Nachhilfe zum vereinbarten Termin
- > alle Fächer/Schultypen
- > alle Klassen

Potsdam 0331 / 6 00 68 56

Werder 03327 / 73 21 62

Teltow 03328 / 33 98 49

Kleinmachnow 033203 / 60 99 38

www.abacus-nachhilfe.de

**ABACUS**  
KLEINMACHNOW